

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 442

Einwohnerratssitzung vom Montag, 08. Juni 2015, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	34 Personen des Einwohnerrates 6 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Rös Graf, Dominique Häring, Martina Häring, Eva Keller, Walter Keller, Christoph Pfirter Gemeinderat: GP Beat Stingelin
Vorsitz	Benedikt Schmidt, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Aufstockung Stellenplan um 30 %	2928
2.	Bericht und Antrag der Spezialkommission zum Geschäft „Optimierung der politischen Steuerung der Gemeinde“ Teilrevision Geschäftsreglement des Einwohnerrates – 1. Lesung Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR) – 1. Lesung	2893
3.	Antrag der Spezialkommission zum Geschäft Nr. 2893 „Optimierung der politischen Steuerung der Gemeinde“: Delegation der Kompetenz zur Schaffung/Aufhebung von Stellen an den Gemeinderat Teilrevision Gemeindeordnung – 1. Lesung	2934
4.	Beantwortung Motion Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Schutz der Spiel- und Sportwiese Hexmatt“	2859
5.	Reglement über den Baumfonds – 1. Lesung	2925
6.	Postulat der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend „Unterstützung des Hilfsprojektes für den Wiederaufbau der syrischen Stadt Kobané“	2926
7.	Nachtrag zum Baurechtsvertrag vom 24. Juni 1981 mit der Retail Center AG, vormals Helvetica Property Five AG	2927
8.	Teilrevision des Behörden- und Bevölkerungsschutzreglements bzgl. Entschädigung Gemeindeführungsstab bei Ernstfalleinsätzen – 1. Lesung	2933
9.	Fragestunde (nach der Pause)	

Begrüssung durch Benedikt Schmidt, Präsident

Liebe Gäste im Publikum, liebe Presse, lieber Gemeinderat und liebe Kolleginnen und Kollegen im Einwohnerrat. Ich begrüsse sie herzlich zur 442. Sitzung des Einwohnerrates. Wir führen eine ausserordentliche Sitzung durch; Büro und Fraktionspräsidien haben diese beschlossen. Besonders begrüsse ich Petra Ramseier, die die Nachfolge von Pascal Schacher angetreten hat und nach einer mehrjährigen Pause wieder zurück im Einwohnerrat ist.

Präsenz

Es sind zurzeit 34 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 23 Stimmen.

Mitteilungen

Keine

Neue parlamentarische Vorstösse

- Postulat der Bau- und Planungskommission, Gert Ruder, betreffend „Neuregelung für nicht- oder nur teilrealisierte Quartierpläne“ vom 21. Mai 2015

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Jens Dürrenberger: Ich beantrage, Punkt 7 „Aufstockung Stellenplan um 30 %“ neu als Punkt 1 zu behandeln. Dieses Geschäft ist wichtig und zeitlich dringend, weil es nun 6 Primarschulklassen gibt und dies auch im Sekretariat mehr Personal beansprucht. Zeitlich dringend ist dieses Geschäft, weil die Zeit vorangeschritten ist und anfangs August das neue Jahr beginnt. Das Sekretariatspersonal ist momentan völlig überlastet und es kommt noch der Umzug ins Erlimatt dazu. Deshalb verträge dieses Geschäft keinen Aufschub mehr.
Antrag von Jens Dürrenberger

://: Der Rat stimmt dem Antrag von Jens Dürrenberger mit grossen Mehr zu.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2928

Aufstockung Stellenplan um 30 %

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 18. März 2015

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung.

GR Elisabeth Schiltknecht: Sie konnten die Vorlage studieren und feststellen, dass die Stellenprozente des Schulsekretariates nebst dem Sockelstellenplan auf der Anzahl Klassen basiert. Weil nun mit HARMOS die sechste Klasse in der Primarschule ist, gibt es entsprechend mehr Klassen und auch Stellenprozente. Ich bitte sie, diese 30 Stellenprozente zu bewilligen. Es handelt sich um eine Sekretariatsstelle und diese ist wirklich nötig. Es sind rund 150 Lehrpersonen beschäftigt und 1'200 Schüler vorhanden.

Eintreten

Christine Gogel: Die SP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung.

Emil Job: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Eintreten und Zustimmung.

Urs Hess: Wir haben dieses Geschäft länger diskutiert. Wir haben gehört, wie viele Schüler es sind, aber nicht, wie viele es mehr sind. GR Elisabeth Schiltknecht hat wahrscheinlich eine Gesamtzahl gesagt. Wir heissen diese Stellen nicht absolut nicht gut; eigentlich müssten diese Stellen vom Kanton zur Gemeinde geschoben werden, weil es beim Kanton entsprechend weniger Personen braucht. Dann hätten wir nicht ein Aufblasen des Staatsapparates. Wenn es hier auf der Gemeinde mehr gibt und beim Kanton nicht weniger, haben wir den Staatsapparat mit genau gleich viel Schülern aufgeblasen.

GR Elisabeth Schiltknecht: Bei den Schülern reden wir von 6 Klassen und ein oder zwei Kleinklassen, die es mehr gibt. Bei den Lehrern ist es genau ein Sechstel mehr. Zu den Kosten: Bei der Sekundarschule wird das Sekretariatspensum sinken und es gibt weniger Kosten, die uns der Kanton verrechnet, dafür haben wir höhere Kosten für die Primarschule. Wir erhalten ja keine Stellenprozente des Kantons, wir haben mehr und der Kanton weniger.

Eintreten ist unbestritten und es folgt die Direktberatung.

Marc Bürgi: Auch die FDP-Mitte hat sich diesem Geschäft intensiv angenommen und auch wir haben uns die Gedanken gemacht, die Urs Hess vorhin geäußert hat. Wir haben aber nur Einfluss auf das, was hier in der Gemeinde passiert. Für die Gemeinde ist selbstverständlich, dass aufgrund des Wachstums von 5 auf 6 Primarschulklassen der administrative Aufwand steigt. Für die FDP-Mitte ist wichtig, dass sich die Lehrer voll und ganz auf ihren Bildungsauftrag konzentrieren und dazu braucht es ein gutes Sekretariat im Hintergrund. Wir sind der Meinung, dass diese 30%-Aufstockung im administrativen Bereich des Sekretariates gerechtfertigt ist. Unser Anliegen an den Gemeinderat: Es soll nicht zu einer sogenannten Salami-Taktik kommen und diese 30 % sollen nicht einen Anfang darstellen, sondern einen klar quantifizierten Mehraufwand darstellen und es soll nicht später zu weiteren Aufstockungen kommen. Alles in allem stehen wir hinter dieser Vorlage und stimmen der Aufstockung zu.

Christine Gogel: Die Erhöhung ergibt Sinn und die geforderten Ressourcen stellen ein Minimum dar. Was der Kanton als Empfehlung angibt, ist ein absolutes Minimum. Es gibt sogar Gemeinden, die mehr Stellenprozente an den Sekretariatsstellen haben. Auch die Sekundarschule, die bisher 1 Stunde pro Klasse hatte, wird moderat auf 1.1 erhöht. Ich sehe nicht ein, warum die Primarschule unterdotiert sein soll. Eine Lehrperson ist eine Lehrperson und gibt mit einer Anstellung, einem Mitarbeitergespräch usw. gleich viel zu tun, wie an der Sek-Stufe. Ich bitte sie daher, zuzustimmen. Es ist absolut notwendig, weil das Sekretariat unter dem Minimum gearbeitet hat und es absolut verdient.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung:

://: Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. August 2015 um 30 Stellenprozente von aktuell 11'269 auf 11'299 Stellenprozent aufgestockt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 3. August 2015.

Geschäft Nr. 2893

Bericht und Antrag der Spezialkommission zum Geschäft „Optimierung der politischen Steuerung der Gemeinde“, Teilrevision Geschäftsreglement des Einwohnerrats und Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR) – 1. Lesung

Auf dem Referentenplatz befindet sich Patrick Weisskopf als Präsident dieser Spezialkommission. An der letzten Sitzung wurde mit diesem Geschäft begonnen.

Patrick Weisskopf: In der letzten Sitzung sind Fragen aufgetaucht. Zur Gewaltentrennung: Die Staatsgewalt ist auf mehrere Organe verteilt. Wir haben drei Gewalten: Gesetzgebung (Legislative), Verwaltung (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative). Beim Vollzug sind Verwaltung und Justiz immer streng zu trennen. Die Exekutive wird durch Gemeinderat und Verwaltung gebildet und uns als Kommission war sehr wichtig, Gemeinderat und Verwaltung an demselben Tisch zu haben, um über die Entwicklungen und Perspektiven zu reden. Das Gemeinsame soll dabei ins Zentrum gestellt werden. Zur Gewaltentrennung: Die juristischen Abklärungen (über die PuMa Consult GmbH und auch die Landeskanzlei) haben ergeben, dass so, wie es jetzt in den Reglementen formuliert ist, die Gewaltentrennung eingehalten wird. Die Gewaltentrennung wäre dann verletzt, wenn eine Person in zweien dieser Gewalten Einsitz hätte und so einen wesentlichen Einfluss nehmen könnte. Der Kanton hat dies in einem Gesetz über die Gewaltentrennung und einem Dekret geregelt und so ist nicht möglich, dass ein führender Kantonsangestellter auch eine ausführende Gewalt hätte. Wenn aber jemand in der Verwaltung tätig ist, kann er durchaus im Landrat oder Einwohnerrat sein. Problematisch sind immer wieder Schulleiter, die zugleich im Gemeinderat sind und so die Gewaltentrennung verletzen. Der Kanton hat nun in einem Dekret geregelt, dass dies nicht möglich ist. Weiter regelt das Gemeindegesetz in einigen Paragraphen die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative. Der Einwohnerrat nimmt die Beschlüsse zur Kenntnis, was die Entwicklung und Perspektiven betrifft, mit den Legislaturzielen abstimmt und

beschliesst. Jede Person des Einwohnerrates ist bei ihrem Beschluss frei und kann immer noch gegen etwas stimmen, das in der Kommission beschlossen wurde. So wird auch hier die Gewaltentrennung vollzogen. Gliederung Globalbudget: GR Max Hippenmeyer hat hierzu schon das letzte Mal Auskunft gegeben. Ich fasse kurz zusammen, dass HRM2 den Kontenrahmen stellt und eine Grundlage darstellt. Es gibt sehr viele Möglichkeiten, etwas anzupassen oder Untergruppen zu bilden. Würden wir heute beschliessen, das Globalbudget auf der Gliederungsebene des HRM2 festzulegen, könnten wir nicht mehr weitere Aufgabengebiete erstellen. Darum haben wir es nur als Rahmen genommen, damit wir die Anzahl der Globalbudgets selber bestimmen. Die Kommission wird im 4. Quartal und im 1. Quartal mit Gemeinderat und Verwaltung zusammensitzen, die Gliederung besprechen und dem Einwohnerrat einen Vorschlag unterbreiten, den der Einwohnerrat diskutieren und auch abändern kann. Anschliessend gelangt dies in die Verwaltung die das erste Mal ein solches Budget erstellt. Darum sind die Arbeiten, die wir im 4. Quartal 2015 und im 1. Quartal 2016 machen, matchentscheidend über den Erfolg. Wie gut sich mit dem Budget schaffen lässt, zeigt sich, wenn es das erste Mal vor uns liegt. Wir nehmen dann gleichzeitig ein Feintuning vor, damit auch die Legislaturziele und Entwicklungsziele einfließen.

Urs Hess: Ich danke Patrick Weisskopf für die Ausführungen; einiges wurde klarer, aber uns passt nicht, dass „die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung“ noch für die Kommission erwähnt sind. Dass sie dem Gemeinderat oder Einwohnerrat zudienen müssen, ist klar, aber das man sie noch ins Reglement aufnimmt, ist zu viel des Guten und wir werden jeweils die Streichung beantragen.

Lesung Geschäftsreglement des Einwohnerrates

3.1.5 Abschreibung

Mauro Pavan: Ich habe schon früher angekündigt, dass ich einige redaktionelle Änderungsvorschläge habe. In diesem Satz kann das Wort „jährlich“ gestrichen werden, weil der Jahresbericht immer jährlich ist.
Antrag 1 von Mauro Pavan

Urs Hess: Genau dies würde ich nicht streichen, auch wenn du glaubst, es würde sich beissen. Man muss den Jahresbericht „jährlich“ bringen und beispielsweise nicht erst nach 2 Jahren. Wenn „jährlich“ im Reglement steht, ist es klar und es kommt jedes Jahr. Darum bitte ich, den Antrag abzulehnen.

Mauro Pavan: Ich schlage alternativ vor „...können gestützt auf den jährlich vom Gemeinderat unterbreiteten Bericht vom Einwohnerrat abgeschrieben werden“.

Antrag 2 von Mauro Pavan

Jens Dürrenberger: Diese Lösung ist sehr kreativ, aber der Bericht heisst „Jahresbericht“ und nicht Bericht und so gesehen ist es komisch, wenn es plötzlich „Bericht“ heisst, was zu allgemein ist.

Kurt Lanz: Natürlich bin ich der Meinung, dass, wenn es ein Jahresbericht ist, dieser jährlich erscheint und darum kann ich dem ersten Antrag von Mauro Pavan folgen. Beim zweiten, dies hat Jens Dürrenberger schon gesagt, blättern sie eine Seite weiter und dort finden sie in 3.3.2.2.2 „Jahresbericht“ und weil immer wieder Bezug auf den Jahresbericht genommen wird, darf man das Wort Jahresbericht nicht streichen. Es wiederholt sich und damit ist klar, dass man immer vom Gleichen redet. Das „jährlich“ zu streichen, wie Mauro Pavan zuerst beantragt hat, ist kein Problem.

GR Max Hippenmeyer: Wir streiten um des Kaisers Bart. Die Tücke des Objektes war eine andere: mit Copy – Paste wurde das „jährlich“ auch noch kopiert. Früher hiess es Amtsbericht und es wurde festgehalten, dass er jährlich und nicht quartalsweise oder

vierjährlich kommen muss. Wenn man „jährlich“ weglässt, ändert so oder so in der Materie nichts und es wäre gut, man würde sich auf die wesentlichen Punkte beschränken.

Mauro Pavan zieht den Antrag 2 zurück.

Abstimmung über den Antrag 1 von Mauro Pavan

//: Der Rat lehnt den Antrag von Mauro Pavan, SP-Fraktion, bei § 3.1.5 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats das Wort „jährlich“ zu streichen, mit 19 Nein zu 13 Ja bei 2 Enthaltungen ab.

Fortsetzung der Lesung

3.1.6 Budgetpostulate

3.3.2.1 Bestand, Wahl, Amtsdauer keine Wortmeldungen

3.3.3.5 Entwicklungskommission

Urs Hess: Zu 3.3.2.5.2. und 3.3.2.5.3 stelle ich den Antrag, dass es heisst „Sie erarbeitet mit dem Gemeinderat die Perspektiven ...“ Zu streichen ist also „und unter Mitwirkung der vom Gemeinderat bestimmten Personen aus der Gemeindeverwaltung“. Dies zieht sich in allen Reglementen so durch.
Antrag von Urs Hess

GR Max Hippenmeyer: Ich mache beliebt, gerade diese Passage im Reglement zu belassen, weil es gesunder Menschenverstand ist, so zu handeln. Wir haben es jetzt schon so gemacht, wenn wir die Legislaturziele erarbeitet haben; es wurden die Abteilungsleiter miteinbezogen, weil sie es ja schliesslich umsetzen müssen und es wäre unvernünftig, etwas über ihre Köpfe hinweg zu beschliessen, wenn nachher die Ressourcen nicht vorhanden sind. Diese Personen sind nicht Mitglieder der Kommission, sie unterstützen bei der Kommissionsarbeit. Dieses Vorgehen ist sinnvoll und effizient und auch erwünscht.

Gert Ruder: Ich bitte sie, den Antrag von Urs Hess nicht zu unterstützen. Es ist so, wie GR Max Hippenmeyer soeben gesagt hat: Die Leute der Verwaltung sind ja sowieso dabei und man kann nicht abstreiten, sie seien nicht dabei, wenn sie doch dort sitzen. Dass sie kein Stimmrecht haben, versteht sich von selbst, weil schlussendlich der Einwohnerrat selbstständig im Sinne der Gewaltentrennung entscheidet.

Urs Hess: GR Max Hippenmeyer hat selber gesagt, dass es nicht nötig ist, weil das Personal sowieso dabei ist. Das Personal macht es ja, dafür sind sie auch angestellt, und vielleicht ist es auch mal jemand nicht aus der Gemeindeverwaltung und man würde sich einschränken, dass es nur Leute aus der Gemeindeverwaltung sind. So etwas gehört nicht in ein Reglement, sondern ist eine reine Frage der Organisation. Daher bitte ich euch, meinen Antrag zu unterstützen.

Abstimmung über den Antrag von Urs Hess

://: Dem Antrag von Urs Hess, SVP-Fraktion, bei den § 3.3.2.5.2 und 3.3.2.5.3 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats den Text „und unter Mitwirkung der vom Gemeinderat bestimmten Personen aus der Gemeindeverwaltung“ zu streichen, wird mit 15 Ja zu 12 Nein bei 7 Enthaltungen zugestimmt.

Lesung Verwaltungs- und Organisationsreglement

**2a. Abschnitt: Politische Gesamtplanung
§ 9a Perspektiven**

Mauro Pavan: Zur Orthografie: Im Absatz 2 zu § 9a muss es heissen „Die Perspektiven „Pratteln in 10 Jahren“ zeigen... und nicht zeigt. Im Absatz 1 ist dies richtig formuliert.

Antrag von Mauro Pavan

Urs Hess: Auch hier dasselbe wie vorhin. In den §§ 9a und 9b haben wir denselben Wortlaut der Mitarbeit der Gemeindeverwaltung und auch hier stelle ich denselben Streichungsantrag und es gilt die vorher gesagte Begründung.

Antrag von Urs Hess

Abstimmung über den Antrag von Urs Hess

://: Dem Antrag von Urs Hess, SVP-Fraktion, den Text bei § 9a und 9b des VOR „und unter Mitwirkung der vom Gemeinderat bestimmten Personen aus der Gemeindeverwaltung“ zu streichen, wird mit 17 Ja zu 9 Nein bei 8 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung über den Antrag von Mauro Pavan

://: Dem Antrag von Mauro Pavan, SP-Fraktion, bei § 9a, Abs. 2 des VOR, das Wort „zeigt“ mit dem Wort „zeigen“ zu ersetzen, wird mit grossem Mehr zugestimmt.

Fortsetzung der Lesung

§ 9b Legislaturziele keine Wortmeldung

2b. Abschnitt: Globalbudgetierung

§ 9c Grundsatz

§ 9d Aufgaben- und Finanzplan

§ 9e Jahresbericht keine Wortmeldung

Patrick Weisskopf: In der 1. Lesung wurde die Zusammenarbeit gestrichen. Ich mache den Einwohnerrat darauf aufmerksam, was es bedeutet. Es bedeutet, dass nach dem Gesetz über die Organisation und Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesezt), weil es sich um eine Einwohnerratskommission handelt, der Präsident in der Pflicht ist, die Mitarbeiter der Verwaltung einzuladen. In § 127 heisst es unter der Teilnahme anderer Behörden: „Der Einwohnerrat kann zur Erläuterung bestimmter Geschäfte auch Mitglieder anderer Behörden der Einwohnergemeinde und mit Zustimmung des Gemeinderates Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterinnen einladen. Behördenmitglieder haben beratende Stimme“. Für die 2. Lesung ist dies wichtig zu wissen und diskutiert es noch einmal in den Fraktionen.

Mauro Pavan: Dies war eine interessante Information und noch interessanter hätte ich sie gefunden, wenn wir sie vor der Abstimmung erhalten hätten. Bis jetzt war mir auch nicht schlüssig, warum es im Reglement stehen muss, aber wir können dies an der 2. Lesung wieder rückgängig machen.

Urs Hess: Diese Aussage wundert mich nicht, weil es genau das ist, was wir schon jetzt machen. Alle Personen einer einwohnerrätlichen Kommission wissen, wie es geht. GR Max Hippenmeyer kommt auch nicht alleine, wenn es ums Budget geht. Er nimmt auch seinen Finanzverwalter mit; dies ist völlig normal, und wenn etwas vom Bau zu behan-

deln ist, kommt auch der Bauverwalter an die Kommissionssitzung. Dadurch, dass wir es gestrichen haben, haben wir nun die Möglichkeit, jemanden ausserhalb der Gemeindeverwaltung zu nehmen, beispielsweise einen externen Experten und genau dies haben wir nun offen. Einwohnerrat und Gemeinderat können solche Personen absolut ohne Probleme in die Kommission einladen.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Geschäft Nr. 2934

Antrag der Spezialkommission zum Geschäft Nr. 2893 „Optimierung der politischen Steuerung der Gemeinde“: Delegation der Kompetenz zur Schaffung/Aufhebung von Stellen an den Gemeinderat, Teilrevision Gemeindeordnung – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag der Spezialkommission vom 20. April 2015

Patrick Weisskopf als Präsident der Spezialkommission: Die Spezialkommission hat intensiv diskutiert und auch darüber, ob man nicht bestimmte Geschäfte automatisch der BPK übergeben will; dies fällt aber heute nicht in den zu diskutierenden Aufgabenbereich. Die Schaffung bzw. Aufhebung von Stellen fällt jedoch in diesen Aufgabenbereich, weil es mit dem Budget zu tun hat. Die Spezialkommission hat mehrfach darüber diskutiert, wurde aber nicht vollständig einig, ob man sie will oder nicht. Eine Abstimmung mit einer abwesenden Person ergab 4 Ja zu 2 Nein und haben wir beschlossen, dies dem Einwohnerrat zur Diskussion zu übergeben, ob er die Kompetenz abgeben will und in Zukunft dem Gemeinderat überlassen will, wie viele Stellenprozente es gibt. Für und Wider findet ihr aufgelistet und ich muss dies nicht wiederholen.

Urs Hess: Wir haben dieses Geschäft auch diskutiert und sind klar der Auffassung, am bisherigen Recht festzuhalten. Stellen gehören in den Einwohnerrat und der Einwohnerrat soll entscheiden, wie gross die Verwaltung sein soll und nicht der Gemeinderat. Es könnte ausufern, wie es mit dem Parkieren passiert ist und wir müssen den Finger darauf halten. Darum muss diese wichtige Kompetenz beim Einwohnerrat bleiben. Bleibt also beim bisherigen Recht.

Mauro Pavan: Ich habe es schon an der letzten Sitzung zum vorherigen Geschäft gesagt: Die SP-Fraktion kann sich den Überlegungen der Spezialkommission anschliessen und dem Antrag zustimmen. Wir halten es tatsächlich für eine Scheinsteuerung, weil der Gemeinderat heute nicht nur Stellenprozente innerhalb des Stellenplanes in eigener Kompetenz beliebig verschieben kann, sondern beispielsweise eine hoch qualifizierte und teure Person anstellen. Selbst für die Schaffung einer notwendigen und von aussen vorgeschriebenen Stelle, siehe Geschäft 2928, muss der Einwohnerrat entscheiden, selbst wenn es noch so ein kleiner Umfang ist. Eine Steuerung der Personalressourcen und Kosten über das Budget ist daher weitaus sinnvoller, weil die personellen Mittel für bestimmte Aufgabenbereiche direkt beeinflusst werden. Stimmt daher diesem Antrag zu.

GR Max Hippenmeyer: Uns war von Anfang weg klar, dass es ein brisanter Punkt ist. Dass man die Vorlage teilt – einerseits in die politische Steuerung und andererseits in diese Vorlage – finde ich nicht schlecht, weil so der Einwohnerrat die Möglichkeit hat, das Eine zu beschliessen und das Andere abzulehnen. Werfen wir den Blick in die Praxis.

Wir reden hier ja von „Politischer Steuerung“ und ich frage euch, wie ihr die Personalkosten steuern wollt, wenn ihr eine 100-prozentige Stelle für einen Hilfgärtner im Werkhof bewilligt oder eine 100-Prozentstelle für einen Assistenten des Abteilungsleiters. Ich muss nicht erklären, dass dies ein wesentlicher Lohnunterschied ist. Wenn ihr über Prozente steuern wollt, macht dies. Auf die Länge geht dies aber nicht auf und wenn Urs Hess sagt, er wolle keinen ausufernden Personalwachstum, dann will ich das auch nicht und teile seine Bedenken. Aber wenn der Einwohnerrat einen Leistungsauftrag beschliesst, stellt er auch die nötigen Sach- und Personalressourcen zur Verfügung. Wenn ihr dem Gemeinderat später einen Leistungsauftrag gebt, aber nicht die notwendigen personellen Ressourcen, geht es nicht auf. Dies muss man sich vor Augen halten. Als Gemeinderat ist es für mich sehr bequem und ich arbeite gerne mit dem Stellenplan. Da kann man nämlich noch die eine Stelle aus dem Bau ins Soziale übertragen usw. Da haben wir sehr viele Möglichkeiten. Ihr habt die Steuerung in der Hand, wenn ihr bei den speziellen Aufgabenfeldern nachher sagt, dafür setzen wir so-und-so-viele Personalkosten ein und nicht mehr und nicht weniger. Es liegt an euch, und wenn ihr den Stellenplan beibehalten wollt, ist es auf die Länge und nach euren Beschlüssen zur politischen Steuerung notwendig, den heutigen Stellenplan abzuschaffen. Aber vielleicht ist man in 4 Jahren schlauer und beschliesst, wie ihr wollt.

Emil Job: Es handelt sich um eine ganze heisse Diskussion bei dieser Frage, ob man den Stellenplan abschaffen soll oder nicht. Einerseits konnte die Fraktion der Unabhängigen und Grünen den Argumenten der Spezialkommission folgen, andererseits ein lieb gewordenes System, von dem man weiss, was es kann und nicht – einfach abzuschaffen, fällt schwer. Wir wurden an der Fraktionssitzung nicht einig und ich rede hier nur für mich. Nach langem Überlegen habe ich festgestellt, ja, man soll es abschaffen und ich empfehle auch allen anderen hierin, so zu denken.

Thomas Sollberger: Die FDP-Fraktion wird in ihrer Mehrheit ebenfalls der Abschaffung des Stellenplanes zustimmen. Heute definiert der Stellenplan das Budget, d. h. wir haben im Stellenplan so-und-so-viele Stellen und was diese kosten, steht im Budget. Mit dem Globalbudget wird es umgekehrt sein. Der Einwohnerrat bewilligt Geld und gibt dem Gemeinderat die Kompetenz, Sach- oder Personalleistungen einzukaufen. Der Gemeinderat muss schlussendlich selber wissen, für was er das gesprochene Geld ausgibt.

Andreas Seiler: Ich persönlich verzichte nicht darauf, im Einwohnerrat über den Stellenplan zu beschliessen. Der Stellenplan widerspricht für mich nicht der Globalbudgetierung. Er ist ein weiterer und wichtiger Punkt, wie wir Einfluss auf die Gemeinde nehmen können. Wir müssen uns überlegen, dass die politische Zusammensetzung des Gemeinderates im Verlaufe der Zeit auch ändern kann. Es widerspricht nicht der Globalbudgetierung, weil die Globalbudgetierung Aufgaben und Budget spricht und wir entsprechende Personalzahlen. Natürlich kann man mit einer 100-Prozentstelle verschiedene Stellen schaffen, die dann mehr oder weniger Kosten, was sich über das Budget steuern lässt. Der Einwohnerrat ist in der Lage, diese drei Sachen so zu bestimmen, dass sie zusammenpassen: Aufgaben, Finanzen und Anzahl Stellen. Darum möchte ich nicht verzichten, über den Headcount der Gemeindeverwaltung zu bestimmen.

Urs Hess: Wir kaufen hier die Katze im Sack. Im Reglement haben wir versucht, eine politische Steuerung zu machen, wissen aber noch nicht, wie die Gliederung ist. Nun wollen wir in vorseilendem Gehorsam über das Bestimmen der Stellen verzichten. Dies ist das falsche Vorgehen. Wenn wir sehen, dass sich die Stellen über das Globalbudget steuern lassen, können wir den Stellenplan auch später noch aufheben und daher bin ich dafür, wir bleiben jetzt noch beim alten Recht, die Stellen zu bestimmen. GR Max Hippenmeyer hat vorhin etwas Gutes gesagt, das finde ich toll. Der Einwohnerrat muss, wenn er Leistungen bestellt, auch wissen, wie viel Personal dahinter steht. Manchmal werden Sachen bestellt, die der Gemeinderat nicht will, aber personalintensiv sind und das Personalbudget erhöhen. Darum ist wichtig, dass zusammen mit dem

Budget, der Einwohnerrat weiss, wie viele Personen nötig sind. Wenn der Einwohnerrat mit anderen Ideen kommt, muss er klar sagen, dass es mehr oder weniger Personen braucht. Dies soll der Einwohnerrat behalten. Bevor wir nicht wissen, wie die Steuerung funktioniert, wäre es nicht gut, bereits jetzt mit dieser Vorlage zu kommen und eine Volksabstimmung durchzuführen, um dieses Reglement zu ändern. Ich finde es schade; es muss erst anschliessend kommen.

Mauro Pavan: Andreas Seiler hat gesagt, dass die politische Zusammensetzung des Gemeinderates auch ändern kann. Auch wir hatten Befürchtungen in diese Richtung, weil nicht nur die Schaffung, sondern auch die Aufhebung in der Kompetenz des Gemeinderates wäre. Trotz diesen Befürchtungen finden wir, dass dieses der richtige Weg ist und darum bitten wir, der Abschaffung des Stellenplanes zuzustimmen.

Kurt Lanz: Ich ermuntere sie, dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen und das Ganze über die Finanzen zu steuern. Wenn wir es über die Finanzen steuern, haben wir es wesentlich besser im Griff. Jede Stelle kostet etwas und wenn wir den Stellenplan haben, werden Aufträge extern vergeben, was nicht im Stellenplan erscheint und das Geld ist ebenfalls ausgegeben. Ich denke, es ist schlauer, das Ganze neu über die Kosten zu regeln. Wenn Urs Hess sagt, dass die Gliederung nicht bekannt sei, dann stimmt dies. Es ist ja wieder diese Kommission, die sich aus Kolleginnen und Kollegen aus diesem Rat zusammensetzt und einen ersten Entwurf erarbeitet. Es ist auch nicht gesagt, dass dieser Entwurf das Nonplusultra ist. Es wurde immer deklariert, dass man noch kleinere Anpassungen vornehmen könne, wenn wir das erste Budget und die erste Rechnung vor uns haben. Auf diese Weise kann sich die neue Form der politischen Steuerung im Rat etablieren. In der Kommission wurde auch gesagt, dass man in den Bericht schreiben könnte, wie viele Personen für das Geld beschäftigt sind, das wir zur Verfügung stellen. Dieses nützt mir mehr, als ein Stellenplan, der irgendwann stimmt und dann wieder nicht und so aktuell gar nicht sein kann. Wenn wir nicht gerade Stellen bewilligen, erhalte ich den Stellenplan nicht so einfach, vielleicht im Rahmen des Amtsberichtes. Ich halte es für schlauer, neu mit dem Budget übers Geld zu steuern und diese Kompetenz an den Gemeinderat abzugeben, wo sie auch hingehört.

Lesung

6. Die Gemeindeverwaltung § 33 Schaffung und Aufhebung von Stellen

Urs Hess stellt den Antrag, beim alten Recht zu bleiben.

Antrag von Urs Hess

Abstimmung über den Antrag von Urs Hess

://: Der Rat lehnt den Antrag von Urs Hess, SVP-Fraktion, das bisherige Recht zu belassen, mit 19 Nein zu 14 Ja bei 1 Enthaltung ab.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Geschäft Nr. 2859

Beantwortung Motion Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Schutz der Spiel- und Sportwiese Hexmatt“

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 14. April 2015

GR Rolf Wehrli: Die Beantwortung des Gemeinderates liegt schriftlich vor ihnen und ich habe keinerlei Ergänzungen dazu.

Patrick Weisskopf (Postulant): Ich danke dem Gemeinderat für Beantwortung der Fragen zum Schutz der Sport- und Spielwiese Hexmatt. Es wird in Zukunft immer wichtiger Grünflächen so gut als möglich frei zu halten, gerade wenn man auch von verdichtetem Bauen spricht, weil immer mehr Einwohner auf kleinere Flächen kommen. Es ist wichtig dass die Gemeinde haushälterisch mit ihrem Boden umgeht und gerade in der Sache Hexmatt ist es etwas unglücklich gelaufen. Wir wollen und müssen den Sportlern etwas zur Verfügung stellen, d. h. sie müssen die Geräte unterstellen und Duschräume und Garderoben haben. Die Anforderungen werden immer höher: Schutz von Kindern, Trennung von Mann und Frau usw. und die Garderobengebäude werden immer grösser. Ich hätte es begrüsst, wenn man flächensparender und schon zu Beginn ein kompaktes Gebäude geplant hätte, anstatt eines niedrigen und langen Gebäudes. Trotzdem bin ich froh, dass der Gemeinderat dies einsieht und nicht noch zusätzlich diesen schönen Platz mit einem Kindergartenbau überstellt. Ich hoffe trotzdem, dass die Schulraumplanung auf gutem Weg ist und auch die Jugendlichen und Kinder ihre Kindheit in einer guten Infrastruktur verbringen und die Hexmatt zum Spielen brauchen können.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2859 wird abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2925

Reglement über den Baumfonds – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 4. März 2015

Das Büro schlägt Eintreten und Direktberatung vor.

GR Max Hippenmeyer stellt das Geschäft vor: Im Quartierplan zum Coop steht, Coop müsse 49 Bäume pflanzen. Bei der Umsetzung hat sich gezeigt, dass dort Schokolade produziert wird, was von den Baumpollen her nicht einfach ist und heikel. In der Folge hat der Gemeinderat mit Coop eine Vereinbarung getroffen, dass für diese 49 Bäume eine Ersatzabgabe von CHF 171'500 entrichtet wird und die Gemeinde diese Bäume an einem anderen Ort pflanzt. Es ist ein Fonds notwendig und für einen Fonds ist ein Reglement notwendig, das nun vor ihnen liegt. Die Naturschutzkommission hat dieses Reglement ebenfalls geprüft und als gut befunden. Daher bitte ich, dem Reglement so zuzustimmen.

Mauro Pavan: Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf dieses Geschäft und ich mache dem Gemeinderat ein Kompliment. Ich finde es toll, dass ihr Einsprache erhoben und die Zustimmung zu dieser Ausnahme an die Bedingung dieser Ersatzzahlung geknüpft habt. Im Grundsatz heissen wir das Reglement so gut und werden ihm zustimmen. Ich habe später einen Änderungsantrag, der aus meiner Sicht zu einem besseren Verständnis führen soll.

Patrick Weisskopf: Die Fraktion der Unabhängigen hat das Reglement auch gelesen und dabei wurden zahlreiche Frage aufgeworfen. Für uns ist die zweitbeste Lösung, dass wir ein solches Reglement brauchen und Coop eine Ersatzpflanzung machen lässt. Uns ist aufgefallen, dass die Schokoladefabrik relativ nahe der Autobahn und Kläranlage ist. So haben wir uns gefragt, ob die Pollen wirklich so eine Mühe für die Lüftungsanlage darstellen oder stinkt dann die Schokolade nach der Kläranlage oder gibt es Feingummiabrieb darin? Ich glaube, Pollen kann man gut herausfiltern, denn einen Staubfilter braucht es ja. Weiter ist uns der niedrige Betrag dieser 49 Bäume aufgefallen. Wir reden hier von Bauland und man will im Bauland auf Gemeindeboden nun Ersatzpflanzungen vornehmen. Wie viel kostet ein Quadratmeter Bauland? CHF 1'000? Wie viel Platz braucht ein Baum? Auch wenn wir von Industrieland zu CHF 600 pro Quadratmeter ausgehen, macht Coop ein gutes Schnäppchen. Für mich ist es bereits das dritte Mal, dass er ein schönes Schnäppchen macht und das stinkt mir, fast wie die Kläranlage. Das erste Schnäppchen war, dass sich Coop dieses tolle Stück Land gesichert hat, wo nun ein hoher Bau steht, der alles schliesst; man hat von hochwertigen Arbeitsplätzen geredet und nun haben wir niederschwellige. Das zweite war die Umlegung einer geplanten Strasse, wo auf der anderen Seite der Brücke eine ausgebaute Strasse haben. Dies Kosten hatten wir und den Rückbau bezahlt niemand und so kam Coop sehr günstig zu einem Schienenanschluss. Nun kommt Coop noch zusätzlich zu mehr Bauland, weil die Bäume auf öffentlichem Grund gepflanzt werden. Betrachten wir den Lebenszyklus eines Baumes: Man muss ihn pflanzen, bewässern, Laub wischen, dies kostet viel Geld und diese Kosten übernehmen wir. Grundsätzlich sind wir froh, dass es ein Reglement gibt, sind aber unglücklich, wie niedrig die Kosten ausgefallen sind. Dieser Ablasshandel ist viel, viel zu tief und wir haben Angst und Bedenken, dass dieses Schule macht und weitere Betriebe so agieren.

Albert Willi: Wir von der SVP finden dies eine sehr schlechte Vorlage des Gemeinderates. Wie mein Vorredner gesagt hat, sind wir der Meinung, dass das hier gesprochene Geld überhaupt nicht ausreicht. Es müssen ja sehr billige Bäume sein, dass das Geld mitsamt Unterhalt, Schneiden usw. 20 oder mehr Jahre ausreicht. Wer macht dies, wenn das Geld aufgebraucht ist? Wir sind darum gar nicht zufrieden und möchten auch nicht, dass hier ein Präjudiz vorliegt und weitere Firmen oder Leute sagen, dass sie keine Bäume und Sträucher mehr pflanzen wollen. Dass es mit den Pollen gewisse Probleme gibt, können wir nachvollziehen, aber auf der einen Seite haben wir das Autobahnbord, auf dem Sträucher wachsen. Auf dem Rheinbord wachsen auch Bäume und Sträucher und dieser Argumentation können wir nicht ganz folgen. Wir wollen noch vom Gemeinderat wissen, wo er die Bäume pflanzen will. 49 Bäume brauchen ein grosses Areal, ausser er setzt nur kleine Sträucher, über die man stolpert. Wir beantragen Nichteintreten.

Antrag von Albert Willi

Jens Dürrenberger: Die Fraktion FDP-Mitte ist für Eintreten und wir stimmen der Argumentation von GR Max Hippenmeyer zu und sind für diese Vorlage.

GR Max Hippenmeyer: Zu Patrick Weisskopf und Albert Willi: Ich bin nicht sicher, ob wir vom Gleichen reden. Der Gemeinderat hat beschlossen, das Coop, anstatt 49 Bäume zu pflanzen, die Gemeinde mit CHF 171'500 zu entschädigen. Das Geld haben wir erhalten. Es gibt eine Verordnung des Kantons über die Rechnungslegung der Einwohnergemeinden und nun geht es darum, dieses Geld in einen Fonds zu legen. Es geht nicht darum, ob zu viel oder zu wenig bezahlt wurde. Es geht um die Verwendung dieser Mittel, die hier vorhanden sind und alles Andere ist hier nicht Thema.

Urs Hess: So einfach geht es nicht, wie GR Max Hippenmeyer meint. Wenn wir nicht auf dieses Geschäft eintreten, gibt es den Fonds nicht und damit kann der Gemeinderat auch wieder rückgängig machen, was er mit Coop ausgehandelt hat. Der anderen Rats-hälfte, die immer gestürmt hat, es müsse überall ein Baum stehen, ist es nun egal? Man gibt Geld in eine Kasse und setzt keine Bäume. Wo wollt ihr die Bäume setzen? Diese Antwort haben wir auch noch nicht erhalten. Schlussendlich geht es wie bei den Park-plätzen. Im Parkplatzfonds gibt es viel Geld und man schafft damit Parkplätze ab. Viel-leicht ist es hier auch so und man kann irgendwann einen Wald abholzen. Meine Aussa-gen sind absichtlich etwas provokativ. Es kann nicht sein, dass man diesen Fonds ein-richtet, die Bäume nicht will und schlussendlich haben wir viel Geld, weil jeder mit dem-selben Argument kommt. Was Patrick Weisskopf zum Land gesagt hat, ist so, und wenn wir gar nicht auf das Geschäft eintreten, kann der Gemeinderat das Geld zurückschicken und Coop kann die Bäume setzen.

GR Max Hippenmeyer: Lieber Urs Hess. So einfach geht es nicht. Wir können das Geld nicht einfach zurückschicken. Wir haben einen Beschluss gefasst und mit Coop eine Vereinbarung getroffen. Punkt und Schluss. Nun geht es darum, wie dieses Geld ver-wendet wird. Wo die Bäume gesetzt werden, weiss ich nicht. Ich vertrete das Geschäft, weil es um die Finanzen geht und wir aufgrund der Gemeindeordnung verpflichtet sind, das Geld in einen Fonds zu legen. Es gibt sicher einen Bedarf, wenn man Bäume setzen will, vielleicht bei der Umgestaltung des Schmittiplatzes oder der Bahnhofstrasse. Wir müssen sie auch nicht morgen setzen. Es geht lediglich darum, das Geld in einen Fonds zu legen und der Einwohnerrat kann am Fondsreglement feilen, aber der Einwohnerrat kann nicht beschliessen, das Geld an Coop zurückzugeben.

GR Stefan Löw: Das Reglement war in der Naturschutzkommission und es wurde dort an zwei Sitzungen behandelt und auch geändert. Wir haben auch geschaut, wie sich der Betrag zusammensetzt und wenn man die entsprechende Richtlinie anwendet, kommt man zu diesem Betrag. Im Reglement steht nicht, dass es genau 49 Bäume sein müs-sen. Wir wollen das Geld für Neupflanzungen verwenden und nicht für Ersatzpflanzun-gen. Es müssen neue Bäume an neuen Standorten sein. Es können schlussendlich auch nur 10 oder 15 neue Bäume sein. Es geht darum, diesen Betrag explizit für Neupflanzungen und Pflege von Bäumen zu verwenden. Die Standorte werden sich er-geben und sind noch nicht bestimmt und man muss kein neues Land für diesen Zweck erwerben. Zu den Pollen: In der Lebensmittelgesetzgebung gibt es strenge Vorschriften und die Auflagen sind sehr hoch. Dies hat den Perimeter so stark eingegrenzt, dass im Ansaugbereich des Filters keine Bäume sein dürfen.

Emil Job: Bei uns in der Fraktion ist Eintreten unbestritten. Wir können aber trotzdem dem Gemeinderat zur Kenntnis geben, dass wir nicht zufrieden sind mit dem, was aus-gehandelt wurde.

Kurt Lanz: Der Fall ist klar und wir treten auf das Geschäft ein. Wie GR Max Hippen-meyer gesagt hat, geht es darum, dafür zu sorgen, dass das Geld nicht in der allgemei-ne Kasse verschwindet, sondern über diesen Fonds zweckgebunden ist. Da kann man doch gar nicht dagegen sein und sagen, wir treten nicht auf das Geschäft ein. Es geht ja um die Zweckgebundenheit des Geldes vom Coop und da kann man problemlos zu-stimmen und ich verstehe nicht, wieso man nicht auf das Geschäft eintreten will. Ich bitte also, auf das Geschäft einzutreten und wenn ihr inhaltliche Änderungen habt, kann man diese an der 2. Lesung bringen. Aber nicht darauf eintreten geht nicht.

Fredi Wiesner: Wir haben wieder eine Situation, in der wir nichts anderes können, als Ja zu sagen und dies gefällt mir nicht. Wenn wir diesen Baumfonds haben, ist er dann entsprechend des Schutzraumfonds, d. h. wenn man keinen Schutzraum machen will, zahlt man darin ein? Wenn jemand keine Bäume setzen will, zahlt er in den Fonds ein und schlussendlich haben wir alle Gebäude ohne Bäume? Wenn ich mich richtig erinne-re, hatten wir Quartierpläne oder Gebäude, wo Bäume zu pflanzen waren und man Orte

für diese Bäume gesucht hat. Dies war immer eine lange Diskussion. Auch diese hätten lieber auf die Bäume verzichtet, haben sie aber gesetzt und ob sie heute noch stehen, ist nicht so sicher. Nicht alle in den Plänen eingezeichneten Bäume sind noch vorhanden. Ich finde es schlecht, einen solchen Fonds zu gründen, der diese Möglichkeit gibt. Oder verstehe ich es falsch, dass der nur dazu da ist, die 49 Bäume mit dem einbezahlten Betrag aufzubreuchen und wenn der Betrag aufgebraucht ist, wird der Fonds wieder aufgelöst?

Albert Willi: Ich finde es vom Gemeinderat ungerecht, dass er einer Grossfirma so etwas bewilligt und alle anderen, die etwas bauen – auch wir haben gebaut – müssen Bäume pflanzen. Wir haben in der freien Natur gebaut und ringsherum sind Hecken und Büsche und Wald und wir mussten trotzdem noch Bäume setzen. Und wenn eine Grossfirma kommt und Geld spendet, fällt der Gemeinderat um und die Firma kann machen, was sie will. Wir finden dies nicht gerecht.

GR Max Hippenmeyer: Ihr könnt das Geschäft zurückweisen, dann geht das Geld in die laufende Rechnung und wir machen CHF 171'500 mehr Gewinn. Es geht darum, dass der Gemeinderat manifestiert, dass das Geld, das für die nicht gesetzten Bäume steht, wieder für Bäume eingesetzt wird. So, wie die Nachtparkgebühren in einen Parkfonds fliessen und das Geld wieder zweckgebunden verwendet wird. So, wie man etwas an den Schutzraum geben muss und man einen Schutzraumfonds errichtete, damit man mit diesen Geldern nicht Kinderspielplätze oder sonst etwas baut. Es geht nur um das und bitte, begreift dies. Bestimmt jetzt, was mit dem Geld, das der Gemeinderat zweckgebunden verwenden will, machen darf, nämlich 10 oder 15 oder wie viele Bäume auch immer, setzen kann. Das Geld ist vorhanden und wenn ihr keinen Fonds machen wollt, geht es in die laufende Rechnung. Wenn wir etwas zweckgebunden haben wollen, müssen wir einen Fonds haben. Dies ist nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern das Gemeinderechnungswesen schreibt es so vor bzw. der Kanton und ich bitte euch, nun mit der Lesung zu beginnen.

Mauro Pavan: Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat auch in Zukunft nicht leichtfertig einen solchen Ausnahmeantrag bewilligen wird. Sollte dies jemals wieder vorkommen, muss es gute Begründungen brauchen, um es so handzuhaben. Jeder weitere Bauherr wird einen solchen Ausnahmeantrag stellen müssen. Damit wird kein Präzedenzfall geschaffen und ich finde auch, man könne mit der Lesung beginnen.

Abstimmung zum Eintreten

Der Rat beschliesst mit 22 Ja zu 11 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Auf das Geschäft Nr. 2925 wird eingetreten. Somit wird der Antrag für Nichteintreten von Albert Willi, SVP-Fraktion, abgelehnt.

Lesung

§ 1 Zweck des Baumfonds

Patrick Weisskopf: Bei der Eintretensdebatte wurde darüber geredet, wie viele Bäume es sind. Für mich steht hier, und dies will ich protokollarisch festgehalten haben, dass es um 49 nicht gepflanzte Bäume bei der Coop-Genossenschaft geht. Die Zahl 49 ist für mich relevant und gilt für alles Weitere. Von dieser Zahl kann die Bauverwaltung, oder wer die Bäume pflanzt, nicht mehr abweichen. Ob das Geld ausreicht, ist die zweite Frage. Ich rege an, dass der Fonds erhalten bleibt und ins Negative rutschen könnte, dass man sieht, welche Ausgaben gemacht wurden.

Fortsetzung der Lesung

§ 2 **Äufnung des Baumfonds**

§ 3 **Verzinsung des Baumfonds**

§ 4 **Verfügungsbefugnis (Ausgabenkompetenz)**

keine Wortmeldungen

§ 5 **Anspruchsvoraussetzung**

Urs Hess: Wenn man die Bäume unbedingt setzen muss, und man noch nicht weiss, wo, stelle ich einen Antrag zu § 5 a, sodass der Text lautet: „Der Baum wird *wenn möglich* innerhalb der Bauzone gepflanzt.“ Es gibt so etwas mehr Spielraum, wo die Bäume gesetzt werden könnten.
Antrag von Urs Hess

Mauro Pavan: Zum Antrag von Urs Hess: Ich finde es wichtig, dass die Bäume in der Bauzone gesetzt werden und bitte darum, den Antrag abzulehnen. Ich habe einen Änderungsantrag zu § 5 c: Durch die Formulierung „Ersatzpflanzungen dürfen nicht finanziert werden“, war ich etwas irritiert und um dies zu entwirren, schlage ich folgende Formulierung vor „*Es handelt sich nicht um den Ersatz eines anderen bisherigen Baumes*“.

Antrag von Mauro Pavan

GR Stefan Löw: Ich rede im Namen der Naturschutzkommission, die das Reglement auch angeschaut hat. Wir haben auch diskutiert, dass Bäume auf dem gesamten Gemeindegebiet gepflanzt werden könnten und nicht nur in der Bauzone. Wir waren klar der Meinung, dass man nur die Bauzone bezeichnen soll und uns war wichtig, nicht in die Landwirtschaftszone zu gehen. Punkt 5 c wurde so formuliert, damit es unmissverständlich ist. Es müssen neue Bäume sein und nicht ein Ersatzbaum. Wenn er nicht wächst bzw. nach 4 Jahren nicht überlebt, wird er ersetzt, weil der Standort noch immer neu ist. Dabei handelt es sich nicht um eine Ersatzpflanzung, weil der Standort noch immer neu ist und nach dem System von Mauro Pavan wäre es eine Ersatzpflanzung.

Roger Schneider: Zum Antrag von Urs Hess: Die Bedingung, dass man Bäume pflanzen muss, stammt aus dem Zonenreglement Siedlung, die dort für die Gewerbezone vorhanden ist. Darum bin ich dafür, dass man die Formulierung mit der Bauzone so beibehält, wie sie auch die Naturschutzkommission für richtig findet und auch ausserhalb der Bauzone ist es nicht einfach, neue Bäume zu pflanzen.

Abstimmung über den Antrag von Urs Hess

://: Der Rat lehnt den Antrag von Urs Hess, SVP-Fraktion, bei § 5 a. „wenn möglich“ einzufügen, mit 22 Nein zu 8 Ja bei 4 Enthaltungen ab.

Abstimmung über den Antrag von Mauro Pavan

://: Der Rat lehnt den Antrag von Mauro Pavan, SP-Fraktion, bei § 5 c. den Text mit „Es handelt sich nicht unseren Ersatz eines anderen bisherigen Baumes“ zu ersetzen, mit 22 Nein zu 9 Ja bei 3 Enthaltungen ab.

Fortsetzung der Lesung

§ 6 **Verbot der Verpfändung und Abtretung**

§ 7 **Inkrafttreten**

keine Wortmeldungen

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Geschäft Nr. 2926

Postulat der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend „Unterstützung des Hilfsprojektes für den Wiederaufbau der syrischen Stadt Kobané“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend „Unterstützung des Hilfsprojektes für den Wiederaufbau der syrischen Stadt Kobané“ vom 18. März 2015

GR Emanuel Trueb: Der Gemeinderat hat das Postulat vor sich, in dem ein Einwohnererrat bittet, zu überprüfen, ob es Unterstützungsmöglichkeiten für ein Hilfsprojekt im Norden von Syrien gibt. Für den Gemeinderat ist klar, dass es sich in Syrien um unhaltbare und schreckliche Zustände handelt. Unvorstellbar, wie die Situation dort ist, auch wenn die Medien nicht jeden Tag darüber berichten. Für die kurdische Bevölkerung sind dies entsetzliche und unvorstellbare Situationen. Der Gemeinderat musste sich trotzdem die Frage stellen, welches die Rolle auf der kommunalen Ebene ist in Bezug auf Möglichkeiten und Pflichten in Bezug auf Entwicklungshilfe im weitesten Sinn oder auf Unterstützung in dieser offensichtlichen Notsituation, ist. Bei der Würdigung der Aufgaben, die auf verschiedenen Ebenen von der Eidgenossenschaft (Bund, Kanton, Gemeinden) geleistet werden, ist der Gemeinderat zur Überzeugung gekommen, dass es richtig ist, wenn sich der Gemeinderat in erster Linie auf die kommunalen Aufgaben konzentriert, die, im Grunde genommen, mit der Folge dieser Situation zu tun hat, wenn die Menschen, die Flucht ergreifen, früher oder später bei uns ankommen. Darauf sind wir vorbereitet bzw. haben Erfahrung und auf kommunaler Ebene ist eine der Hauptaufgaben, dass wir Flüchtlinge aufnehmen und sorgfältig betreuen, nachdem sie von den Bundes- und Kantonsstellen zugewiesen wurden. Daher sehen wir momentan ab, und dies ist auch nicht Tradition, dass wir von kommunaler Seite aus Entwicklungs- oder Nothilfebeiträge leisten. Dies ist eine Aufgabe, die in erster Linie in die Verantwortung des Bundes gehört, in die Verantwortung der Hilfswerke in zweiter Linie und wir möchten auf der kommunalen Ebene bereit sein, die Leute aufzunehmen und zu betreuen, wie wir dies auch schon heute machen. Obwohl es eine schwierige Situation ist, möchten wir uns auch in Zukunft auf unsere kommunalen Aufgaben konzentrieren und ich bitte daher den Einwohnererrat, das Postulat nicht zu überweisen.

Bruno Baumann (Postulant): Danke für die Antwort. Man sieht es zwar ein, kann aber nichts machen. Mit anderen Worten: Ihr seid ganz Arme dort, aber wir können kein Geld sprechen; wir haben dies noch nie gemacht. Wenn das die Antwort und Reaktion ist auf das Elend, das dort herrscht, fasse ich es nicht. As ich das Postulat geschrieben habe, kam wöchentlich darüber in den Medien und nun wurde gesagt, der Staat solle schauen. Beim verheerenden Erdbeben in Nepal gab es in Radio und Fernsehen eine nationale Sammelaktion; beim Flüchtlingsdrama im Mittelmeer mit rund 1'000 Ertrunkenen hat die EU nach Lösungen gesucht. Zehntausende mussten von den IS flüchten und haben kein Zuhause und auch sonst nichts mehr. Der Gemeinderat sagt, wir haben das noch nie gemacht und können nichts sprechen, einen Franken pro Einwohner Pratteln. Ist dies menschlich, was wir machen? Ich verstehe es nicht. Ich hoffe, dass nicht alle vom Gemeinderat so entschieden haben. Es ist ein globaler Entscheid und ich hoffe, es ist nicht allen vom Gemeinderat ganz gleich - davon bin ich überzeugt - aber nicht unter dem Motto „Das haben wir noch nie gemacht und machen dies in Zukunft auch nicht“. Kolleginnen und Kollegen; es sind Leute am Werk, die dort etwas Positives machen und vor Ort aufbauen und helfen wollen. Dies ist ja auch die Logik der EU, die nun langsam, aber sicher, umstellt und nicht nur einfach die Flüchtlinge aufnimmt, sondern man möchte, dass sie gar nicht erst weiterwandern müssen bzw. weiterflüchten nach Deutschland, in die Schweiz oder sonst wo, damit sie endlich eine Unterkunft haben. Es ist doch die Lösung, dass man sie vor Ort betreuen kann und alle Welt redet davon. Und die Gemeinde Pratteln sagt „Das haben wir noch nie gemacht und machen es auch nicht“. Dies tut mir weh und ist unmenschlich. Es gibt Leute - und da gebe ich ihnen recht - die sa-

gen, dass auch wir in der Schweiz Elend haben. Das stimmt. Wenn man denkt, dass wir nachher nach Hause gehen und ein Dach über dem Kopf haben und einen klimatisierten Raum und im Winter eine warme Heizung und genug zu essen und diejenigen dort, die geflüchtet sind, haben gar nichts mehr. Warum dürfen wir nicht einen Franken pro Prattler Einwohner diesen Personen zur Verfügung stellen, damit sie wissen, dass jemand an sie denkt und es ihnen nicht ganz gleich ist, wenn sie im Elend leben? Ich kann dies nicht verstehen. Darum bitte ich euch, das Postulat zu überweisen - einmal ist immer das erste Mal - und wenn wir dies nicht machen, wird es so weitergehen „Pratteln hat es noch nie gemacht, Pratteln wird es nie machen“. Jetzt endlich können wir ein Zeichen setzen und Pratteln soll Verantwortung übernehmen und zeigen „Ja, wir kommen euch entgegen und geben etwas an den Wiederaufbau“. Ich bitte euch, stimmt zu und überweist das Postulat, damit wir den Franken sprechen können.

Dieter Schnetzer: Im Namen der Fraktion FDP-Mitte drücke ich auch unsere Betroffenheit aus. Anderes kann man gar nicht sagen. Allerdings teilen wir die Auffassung des Gemeinderates, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, punktuell in Kobane ein Zeichen zu setzen. Es gibt hunderte, ja tausende von humanitären Katastrophen und hier reden wir über Kobane. Welches Elend ist qualifiziert und welches nicht? Das können wir hier nicht entscheiden. So, wie für Nepal gesammelt wurde, wurde nicht für Kobane gesammelt. Es ist eher die Aufgabe aus der Richtung, wie es GR Emanuel Trueb gesagt hat. Wir sind nicht für Überweisung des Postulates.

Erich Schwob: Es ist schlimm, das gebe ich auch zu. Ich muss meinem Vorredner aber auch recht geben. Es gibt im Moment überall Orte, wo man spenden könnte. Der Bund gibt sehr viel Geld aus, um in diesen Ländern etwas zu machen und wir als Gemeinde erhalten diese Flüchtlinge, wenn sie bei uns sind. Es klar, dass die Gemeinde hier schauen muss und ich sage, dass diejenigen, die spenden möchten, dies auch tun. Spendet, helft, aber auch ich bin der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist.

Kurt Lanz: Es ist schon so: Der Gemeinderat hilft, wenn die Leute da sind. Wenn ich aber von der Seite höre, die die Leute erst gar nicht hier haben wollen, sollte diese Seite dort spenden, wo die Leute jetzt sind. Das hier ist eine Gelegenheit dazu.

Bruno Baumann: Ich versuche es noch einmal; es lässt mich nicht in Ruhe. Es sind ja alle hierin betroffen. Ja, man sollte... aber warum machen wir nicht endlich mal? Warum nicht ein Zeichen setzen und sagen, dass der Gemeinderat über seinen Schatten springt, dies macht und das Geld spricht - ein einziger Franken pro Person. Was das Spenden anbelangt, hat Dieter Schnetzer recht. Es wird sehr viel gesammelt und auch die Glückskette hat gesammelt, aber niemand hat für Kobane gesammelt. Niemand. Dies ist allen egal. Andere Gemeinden konnten auch Geld sprechen; ihr habt auf der Rückseite, wer schon Geld gesprochen hat. Nur wir in Pratteln haben noch nichts gesammelt und geben nichts. Alle sind betroffen – aber nein, der Gemeinderat hat gesagt „Man hat es noch nie gemacht und wir machen es auch nicht und wir lassen sie im Elend stecken“. Das kann es nicht sein. Stimmt euch um, wenigstens dieses eine Mal. Ich bin dafür, dass wir dieses Geld überweisen.

Christoph Zwahlen: Ich rede für mich und nicht für die Fraktion. Das Problem ist für mich: Der Antrag möchte spenden mit Geld, das einem nicht selber gehört. Ich habe jede Woche in der Post mehr als einmal einen Aufruf, der will, dass ich spende. Ich habe ein Budget und ich spende dort, wo ich das Gefühl habe, ich könnte mit meinem Geld am meisten bewirken. Ich kann nie Allen spenden, die es nötig hätten und es mangelt überall. Mein Problem ist hier: Kann ich über Geld verfügen, das nicht mein eigenes ist? Diese Frage möchte ich beantwortet haben.

Bruno Baumann: Ich beantworte deine Frage. Wir sind gewählte Volksvertreter unserer Gemeinde und entscheiden hierin oft über Geld. Wir hierin haben die Legitimation, dass wir auch die CHF 16'000 entscheiden. Die Frage ist hiermit beantwortet. Wenn ihr der

Überweisung nicht zustimmt, kommt dies in der Schweiz noch viel teurer, als dieser Betrag hier. Wenn man bedenkt, was nachher ein Flüchtling bei uns in der Schweiz kostet, ist es wesentlich teurer und so haben wir nur einen kleinen Betrag. Ich weiss, es ist ein minimaler Beitrag und wir können uns diesen leisten. Wenn nur einige weniger hier in die Schweiz flüchten, weil sie in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, haben wir unser Ziel schon erreicht. Wenn sie weiterwandern und bis zu uns kommen, kommt es teurer. Alle Parteien reden heute auf nationaler Ebene, dass man dort ansetzen muss, wo wir vor Ort Hilfe leisten und nicht erst in der Schweiz. Wenn wir es ablehnen, hoffe ich, dass möglichst viele Flüchtlinge in die Schweiz kommen.

Mauro Pavan: Es gibt viel Elend und man könnte viel spenden und es schwierig zu entscheiden, wo gespendet werden soll. Es ist nicht so, dass wir heute hier nicht darüber entscheiden können, sondern wir entscheiden, dass wir spenden und dass wir in Kobane helfen wollen oder nicht, und ihr könnt entscheiden, ob ihr dafür oder dagegen seid.

GR Emanuel Trueb: Ich möchte etwas richtigstellen. Es geht nicht darum, dass der Gemeinderat der Auffassung ist, dass der Betrag zu gross sei. Es geht nicht um Beträge, es geht nicht um die Tatsache dass man mit Geld vor Ort sehr viel ausrichten kann. Es sind grundsätzliche Überlegungen, die wir uns machen mussten. Der Gemeinderat kam zur Überzeugung, dass in der Kaskade der Verantwortung in diesem Land, die Gemeinde auf einer anderen Stufe steht und wir uns auf das konzentrieren müssen, was wir heute schon haben und verstärkt kommen wird. Wir wollen gut vorbereitet sein und dies ist die Betreuung der Flüchtlinge, die hierhergelangen, unabhängig davon, woher sie kommen. Dies möchten wir so gut wie möglich machen. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass dies mangelnde humanitäre Haltung sei, sondern es liegen sehr rationale und staatspolitisch begründete Überlegungen zugrunde. Dies ist der Grund, warum der Gemeinderat das Postulat nicht entgegennehmen will. Es stehen rein rationale Überlegungen dahinter.

Marc Bürgi: Es ist schwierig, wenn hierin diskutiert wird, ob Spenden nach Kobane richtig oder falsch sind. Es geht nicht um das. Es geht darum, ob mit dem uns vorliegenden Vorstoss der Gemeinderat etwas machen kann, sodass schlussendlich auch die Rechtssicherheit gewährleistet ist, dass es korrekt abläuft und eine Spende mit einem bestimmten Betrag ist. Dies ist mit diesem Vorstoss nicht möglich. Der Gemeinderat kann nicht sagen, wir spenden einen Betrag von einem Franken pro Einwohner. Wenn der eine Einwohner nicht will, muss ein anderer zwei Franken spenden und wenn es zwei nicht wollen, sind es plötzlich drei Franken für den, der will. Dies ist nicht korrekt und nicht fair. Ziehe doch den Vorschlag zurück, weil er nicht angenommen wird. Bringe doch einen Vorstoss, weil auch wir der Meinung sind, man müsse den Leuten vor Ort helfen, der mit einer gewissen Rechtssicherheit verbunden ist. Bringe den Vorstoss, dass, falls der Einwohnerrat zustimmt, der Gemeinderat für Kobane einen Fonds errichtet, in den die Leute einzahlen können. Dann kommt das Geld später von der Gemeinde Pratteln. Aber so, wie es hier vorliegt, geht es nicht und ich finde es unfair, dass nun dem Gemeinderat ein Strick gedreht wird, dass er nicht will. Mein Vorschlag: Ziehe den Vorstoss zurück und überlege einen machbaren Vorstoss.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 18 Nein zu 10 Ja bei 6 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2926 wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2927

Nachtrag zum Baurechtsvertrag vom 24. Juni 1981 mit der Retail Center AG, vormals Helvetica Property Five AG

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 5. März 2015

Das Büro schlägt Eintreten und Direktberatung vor.

GR Max Hippenmeyer stellt das Geschäft vor: Das Geschäft sieht umfangreich aus und macht den Anschein, es sei kompliziert; es ist jedoch sehr einfach und fast eine reine Formalität. Wir haben uns schon einmal mit diesen beiden Baurechtsverträgen befasst, das war im März 2012. Es geht um zwei Parzellen im Gebiet Rüti, die im Baurecht abgegeben sind. Eine der Parzellen hat die Bürgergemeinde abgegeben, die andere die Einwohnergemeinde. Dort steht ein Haus, das sich auf beiden Parzellen befindet. März 2012 wollte man die beiden Baurechtsverträge parallel schalten, sodass beide gleichzeitig fällig sind, und der Einwohnerrat hat diesem auch zugestimmt. Im Jahr 2014 gab es eine Bürgergemeinde, an der festgestellt wurde, dass ihr Vertrag neun Jahre länger läuft als der der Einwohnergemeinde. Nun ist eine Anpassung nötig, damit beide Baurechtsverträge tatsächlich denselben Endverfall haben. Würde das eine Baurecht tatsächlich neun Jahre früher enden, müsste man diesen Teil des Gebäudes abreißen oder es gäbe einen Heimfall. Dies ist schlicht nicht durchführbar. Ich bitte euch, dem kompliziert scheinenden Geschäft zuzustimmen.

Philippe Doppler: Die Fraktion der SVP hat keine Einwände zu diesem Nachtrag und wir erachten es als sinnvoll, dass die Laufzeit des Baurechtsvertrages angepasst wird. Wir stimmen so zu und hoffen, dass wir das letzte Mal über dieses Baurecht beschliessen.

Mauro Pavan: Ich schliesse mich meinen Vorredner an und glaube auch, dass das Geschäft komplexer aussieht, als es ist. Die SP-Fraktion findet auch, dass eine Angleichung der beiden Laufzeiten Sinn macht und wird dem Antrag zustimmen.

Emil Job: Auch wir finden es sinnvoll und werden zustimmen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Nachtrag zum Baurechtsvertrag vom 24. Juni 1981 mit der Retail Center AG wird gemäss Entwurf bewilligt.

Geschäft Nr. 2933

Teilrevision des Behörden- und Bevölkerungsschutzreglements bzgl. Entschädigung Gemeindeführungsstab bei Ernstfalleinsätzen – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 7. April 2015

Das Büro schlägt Eintreten und Direktberatung vor.

GR Ruedi Brassel stellt das Geschäft vor: Es handelt sich um das Schliessen einer Lücke, die beim Ernstfalleinsatz mit dem Gemeindeführungsstab offensichtlich geworden ist. Auch Feuerwehr usw. waren im Einsatz, als 2012 in der Längi ein Haus explodierte. Man hat bemerkt, dass es keine reglementarische Grundlage für die Gemeindeführungsstab-Ernsteinsätze gibt. Man hat sich per Gemeinderatsbeschluss damit beholfen, dass man gesagt hat, dass für einen Ernstfall der Gemeindeführungsstab gleich behandelt wird wie auch die Feuerwehr im Ernstfall. Genau diese Lösung schlägt nun die Teilrevision des Behörden- und Bevölkerungsschutzreglements vor. Die Ernstfalleinsätze der Feuerwehr werden übernommen, sodass die die beiden Organe Feuerwehr und Gemeindeführungsstab, die in Koordination miteinander arbeiten, gleichgestellt sind. Ich bitte sie, dies auch zu unterstützen.

Werner Graber: Die SP-Fraktion ist für Eintreten und wird dieser Vorlage zustimmen. Wir sind auch für Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit, sodass alle, die Einsatz für die Gemeinde leisten, nach einem Reglement entschädigt werden.

Lesung Behördenreglement

§ 4 Anspruchsberechtigung und Höhe

Lesung Bevölkerungsschutzreglement

§ 17 Entschädigung der Mitglieder des GFS und der SIKO

Zu den vorstehenden §§ gibt es keine Wortmeldungen und die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Fragestunde

Frage 1

Frühe Förderung

(Kurt Lanz, SP-Fraktion)

GR Elisabeth Schiltknecht: Frage 1: Stimmt es, dass das Projekt Frühe Förderung sistiert wird? Das Projekt wird nicht sistiert, das Projekt endet. Frage 2: Was sind die allfälligen Gründe dafür? Es handelt sich um ein Pilotprojekt, das seit Juli 2012 läuft und Ende Dezember 2015 beendet ist. Frage 3: Gibt es ein Nachfolgeprojekt mit gleicher Stossrichtung? Ja. Zu diesem Pilotprojekt haben wir einen Evaluationsbericht, der aufzeigt, dass Ziele und Massnahmen richtig gewählt wurden und die Resultate durchwegs positiv. Der Bericht zeigt auch auf, welche Massnahmen für eine künftige Weiterentwicklung und Verstetigung notwendig wären. Dies sind 1. Weiterführung der Fachstelle für die Koordination, Vernetzung und Beratung 2. Weiterführung des Spiel- und Lernprogrammes schrittweise 3. Förderung von Spielgruppen und Eltern-Kind-Angeboten. Obwohl das Projekt sehr erfolgreich ist und obwohl das vorbildliche und präventive Vorgehen von Pratteln schweizweit als gutes Beispiel und im Kanton als Flaggschiff im Bereich Kind und Familie gilt, hat der Gemeinderat entschieden, dass er dem Einwohnerrat keinen Antrag für die Schaffung dieser Stelle stellen will.

Kurt Lanz: Besten Dank für die Beantwortung meiner Fragen. Ich habe sogar mehr Auskunft erhalten, als ich mir vorgestellt habe. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, wo ich allenfalls Zugang zur Evaluation habe. Es handelt sich um einen Bericht, der den Gemeinderat bewogen hat, das Projekt weiterzuführen oder eben nicht. Ist es möglich, diese Evaluation einzusehen?

GR Elisabeth Schiltknecht: Der Evaluationsbericht liegt vor und meine Absicht ist, dem Gemeinderat einen Antrag zu stellen, ihm dem Einwohnerrat zuzustellen, damit er sieht, was darin steht, was zu den Projekten festgestellt wurde und warum dieses eigentlich weitergeführt werden sollte.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 21.25 Uhr beendet.

Pratteln, 18. Juni 2015

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Benedikt Schmidt

Joachim Maass